

# Volkswacht

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volkswacht" erscheint mit halbtägigen Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ der Arbeiterbewegung. Schriftleitung: G. Wächterstraße 4, Fernruf-Nr. 2405, 2407, 2408. Vertriebs-Kundendienstleitung mittags von 1 bis 2 Uhr. — Innozenz-Kloster-Druckerei in Halle bei Rückporto zugewiesen

Wesenspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionspreis, insgesamt 2,30 RM. für Halbjahr einschließlich 0,50 RM. Subskriptionspreis 2,30 RM. durch Postboten gesendet 2,70 RM. bei direkter Einweisung an den Verlag 2,00 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Einzelverkauf und 80 Pf. im Kleinverkauf der Zeitungsvertriebsstelle: G. Wächterstraße 4, Fernruf 2405, 2407, 2408. Postfachnummer 2019, Erfurt

### Es geht um die Zukunft Europas

## Frankreichs Staatsmänner in Berlin

### Freundliche Begrüßung in Berlin - Laval und Brüning wechseln Trinksprüche Deutsch-französisches Wirtschaftskomitee wird gebildet

Der französische Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand, die am Sonntagvormittag in Berlin eintrafen und hier (sonntags am Bahnhof) wie vor dem Hotel von einer vieltausendköpfigen Menge wiederholt fröhlich begrüßt wurden, veranlaßten im Laufe des Tages vor und nach den offiziellen Konferenzen zahlreiche Empfänge. Zunächst fand ein Empfang beim Grafen von Helldorf, Reichsfinanzminister Dr. Stresemann einen Besuch ab. Unterdessen äußerte sich Laval vor der internationalen Presse dahin, daß der Berliner Besuch ein wichtiges Datum in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen



Die Ankunft der Wagen mit den französischen Ministern vor dem Hotel Adlon unter den Bäumen.



Reichskanzler Dr. Brüning begrüßt den französischen Ministerpräsidenten Laval in der Reichskanzlei.



Am Grabe des früheren Außenministers Gustav Stresemann legt Laval in Begleitung des französischen Botschafters Borel einen Kranz nieder.

konkurrenzlos. Zweck und Ziel der Reise sei, für die gegenseitigen Beziehungen eine bessere Zukunft vorzubereiten. Am Nachmittag begannen in dem Kongressaal des alten Reichenschauspiels die eigentlichen Verhandlungen. Es sind durch lange diplomatische Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorbereitet worden, so daß die Basis und die Hauptlinien der Aussprachen bereits vor dem Besuch feststanden. Angesichts der gegebenen Umstände und insbesondere in Anbetracht der englischen Krise werden besonders an den wirtschaftlichen Fragen sehr häufige Besprechungen abgehalten werden. Aber man darf damit rechnen, daß die deutsch-französische Kommission, deren Bildung endgültig feststeht und die unter der höchsten Verantwortung der beiden Regierungen arbeiten soll, den Auftrag erhalten wird, ersucht und ohne Verzögerung bestimmte Lösungen zu suchen, die die

Wirtschaftsfrage, aus der Erkenntnis die notwendigen Folgen zu ziehen, daß eine deutsch-französische Zusammenarbeit unabweislich ist für die Wirtschaftsentwicklung Europas und der Welt."

Ministerpräsident Laval antwortete, indem er zunächst für den freundlichen Empfang zugleich im Namen Briands dankte. Er fügte dann fort: "Sie können davon überzeugt sein, daß wir uns der Bedeutung unserer Anwesenheit in Berlin voll und ganz bewußt sind. Nichts kann dies besser charakterisieren, als die Tatsache, daß wir heute abend in demselben Saale verweilen sind, in dem vor mehr als einem halben Jahrhundert der Berliner Kon-

gress stattgefunden hat. Wir sind nach Berlin gekommen um den gleichen Bestrebungen, von denen der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Wir haben nicht nur einen Akt der Höflichkeit vollziehen wollen. Die wirtschaftliche Lage der Welt erfordert von allen Staatsmännern eine Anstrengung des guten Willens und der gegenseitigen Zusammenarbeit. Das Beispiel, das Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht geben können, ist sicher dazu angelegt, den einflussreichen Einfluß auszuüben."

In den wirtschaftlichen Fragen und in dem Rahmen, der erst kürzlich in Genf aufgestellt worden ist, wollen wir versuchen,

zwischen den beiden Völkern eine engere Zusammenarbeit und vertrauensvolle Beziehungen herzustellen.

Wir hoffen, daß aus unseren Besprechungen mit den deutschen Ministern, deren Weisheit wir bereits Gelegenheit hatten zu würdigen, nicht nur ein fruchtbarer Gedankenaustausch, sondern auch eine Methode hervorgeht, aus der sich sehr bald vollständige praktische Resultate ergeben werden."

Als Laval und Briand nach dem Essen in die Reichskanzlei in ihr Hotel zurückkehrten, wurden ihnen vor und in dem Hause wiederum Ovationen beigebracht.

deutsch-französische Zusammenarbeit aus dem politischen Dilemma in die Wirtschaft überführen. In einzelnen wurden während der offiziellen Besprechungen Fragen des Verkehrs, des Handels, der gegenseitigen finanziellen und industriellen Beteiligung an Wirtschaftsunternahmen und vor allem auch das Reparationsproblem erörtert. Auch die Frage deutscher Seefahrerangelegenheiten ist zur Erörterung gekommen.

Das Wirtschaftskomitee, das die einzelnen Fragen einer Klärung entgegenzuführen soll, wird schon in der aller nächsten Zeit zusammentreten. Es soll abwechselnd in Paris und Berlin tagen. Außer Vertretern der Industrie werden ihm Delegierte der Gewerkschaften angehören.

Am Sonntagabend empfing der Reichskanzler die französischen Gäste zu einem Essen. Im Anbetracht der gegenseitigen privatwirtschaftlichen Interessen, die bei den Berliner Besprechungen mit zur Erwörterung stehen, waren zu der Veranstaltung auch Persönlichkeiten der Privatwirtschaft und des öffentlichen Lebens eingeladen. Während des Essens wurden zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten Trinksprüche gewechselt. Der Reichskanzler sagte u. a. aus:

"Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder haben sich zu einer Weltkrise verschärft, deren Ausmaß wohl niemand voll voraussehen und zu ihrer Überwindung außerordentliche Anstrengungen geboten erschienen. Leibelich quälten Not und Sorge, Unsicherheit und Verwirrung die Völker, die erwartungsvoll auf ihre Regierungen schauten und von ihnen Befreiung aus der Krise erhofften. In dieser sorgenvollen Zeit ist längst die Erkenntnis allgemeingültig geworden, daß Europa nur durch schnelle und gegenseitige Hilfe von dem schlimmsten Elend und demernden Zusammenbruch gerettet werden kann. Eine wirksame Ausgeglichenheit und fruchtbarer Arbeit unter den Völkern Europas erfordert aber erst an dem Tage geschicht, wo bei den beiden großen Handelsländern Deutschland und Frankreich das Vergangene festlich überwunden ist und der Blick gemeinsam der Zukunft zuwendet. Die Erfahrungen an der Vergangenheit dürfen kein

### Folgen der Krise und Brüning-Politik

## Katastrophenwahl in Hamburg

### Die Nazis gewinnen auf Kosten der bürgerlichen Parteien - Kleinerer Verlust der Sozialdemokratie - Die marxistische Front unerschüttert

In Hamburg fanden gestern die Wahlen zur Bürgererschaft, dem bürgerlichen Stadtrat und Landesparlament, statt. Sie brachten folgendes Ergebnis:

Partei	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte	Wahlberechtigte
Sozialdemokraten	214 509	(240 984)	246 685
Kommunisten	168 618	(185 279)	114 257
Deutschnationale	43 269	(31 876)	94 048
Staatspartei	67 068	(64 129)	87 553
Deutsche Volkspartei	96 930	(69 145)	85 507
Wirtschaftspartei	11 373	(16 910)	20 185
Nationalsozialisten	262 465	(144 684)	14 760
Zentrum	10 794	(10 980)	9 409
Christlich-sozialistische Partei	1 155	(1 987)	5 609
Christlich-sozialistische Partei	1 987	(1 087)	nichts
Christlich-sozialistische Partei	10 874	(11 868)	nichts

Die Mandatsverteilung nach dem Wahlergebnis verteilen sich die Mandate

in der neuen Hamburger Bürgererschaft wie folgt: Sozialdemokraten 46 (nach den letzten Bürgererschaftswahlen 60), Kommunisten 35 (37), Deutschnationale Volkspartei 7 (20), Wirtschaftspartei 2 (4), Nationalsozialisten 43 (3), Zentrum 2 (2), Christlich-sozialistische Partei 2 (0).

Die Hamburger Wahl hat die Erwartungen des bürgerlichen und freiwirtschaftlichen Deutschlands nicht erfüllt. Die Verhältnisse sind im Hinblick auf die die Massen angeht, die drohenden Winterzeit nach, hat die Stimme der Vernunft erloschen. Das Bild des 27. September 1931 ist leider kein besseres, als das des 14. September 1930. Auch die Hamburger Bürgererschaftswahl ist eine Katastrophenwahl und ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen für Hamburg sind dabei — obgleich sie nicht unterschätzt werden sollen — nicht einmal das Schlimmste.

Erster und gefährlicher werden die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf das Reich sein.

Die Nazis haben ihre Stimmzahl vom September 1930 noch um fast 58 000, das sind rund 40 Prozent, steigern können. Das Bürgerertum, das sich noch vor wenigen Jahren in seiner Mehrheit um die Mittelparteien scharte, ist abgewandert zu den Nazis. Nur die Staatspartei hat relativ geringfügig abgenommen. Die Kommunisten haben 33 000 oder 25 Prozent gewonnen. Die Sozialdemokratische Partei hat gegenüber September 1930 rund 26 000 Stimmen verloren. Mit einem Verlust von 14 Mandaten verlor sie in die neue Bürgererschaft zurück. Das ist ein empfindlicher Verlust, aber die Sozialdemokratie hat das Recht und die Pflicht, auf die für die Förderung des wirtschaftlichen und damit politischen Fortschritts zu bestehen. Die Wirtschaftskrise



Kartoffeleiernte

Mit Mühe und Not, Verdruß und Schaden wurden die Stoppelfelder abgeräumt. Die Dreifachmaschinen brachten ein bedrücktes Bild. Dann begann die Kartoffelernte.

Sie begann bei frühem Wetter. Ein Altweibchen mit tauigen Spinnweben schien sich anzukündigen. Die Maschinen waren die Erde, die Hände des Himmels verblüht, der Boden war kalt und gligerte feurig, der Atem von Mensch und Tier verdrängte sich zu weissen Wäldern, und dann blühten die süßeren Blühschor, die Jinten der Furche in der Sonne.

Welches eigenartige, postivele Gefühl trug der Arbeiter dieser ersten Tage. Die Menschen waren noch ungewohnt dem Odem des müderlichen Bodens. Ein betrübter Geruch lag in die Luft der Rauch der Kartoffelfeuer. Weidlich und die Qual er aus dem Hause aufgeschritten, (Inmitten und Inzwischen Kranke. Wie Dampfer aus der Maschine, gebende Natur (staben die Kaufstufen auf den Feldern, ruhig im lauen Besessenen Weiden, fielen auseinander, verdampften zu Nebeln und füllten die Gegend in brentlige Schreier ein.

Schick in den Marnern der Stadt, genährt von den Feuern der Scheubergärten, fies der dunkle Dunst. Überall war er zu spüren. So, im dunklen Hofschacht der Viehställe noch man ihn, den Geruch des nährenden Bodens, die Dampfer der wachsenden und wachsenden Natur.

Zeit ist aber wieder Augen aufgezogen. Die Feiner verdrängen. Die Erde veranloßt sich in Schlamme. Sie hält ihre Früchte in nassen, leuchtigen Klumpen fest. Um jede Anode, die der Boden mit Feuchtigkeit untermuert, muß gekämpft werden. Der Genuß unterer Erde der Erntenden schick nur wachstümlich vor der Feuchtigkeit. Erde heftet an den Kleibern. Die Hände werden schwer, als wären sie selbst nur Lehm. Die handig geflochtenen Erbe füllten sich mit ebenwel Körnern wie Kartoffeln. Die Angst geht um, daß Früchte einen Teil der Ernte verdrängen könnte.

Schick uns, daß der Himmel sich bald wieder

Die Aufberschule geschlossen

Wegen zunehmender Diphtherie-Erkrankungen. Infolge der Diphtheriefälle der letzten Zeit bei Kindern, die die Aufberschule besuchen, ist die Schule ab heute geschlossen worden. Geschlossen sind sowohl die Klassen der Aufberschule, wie auch die in dem Gebäude der Aufberschule untergeordneten Klassen der Sammelschule G. B.

In der Klasse der Aufberschule, in der die meisten Krankheitsfälle vorgekommen waren, wird der Unterricht bereits vor einigen Tagen eingestellt worden.

Die Zahl der Todesfälle hat sich leider um einen weiteren Fall erhöht. Die schiefste Zahl der Erkrankten ist jedoch ziemlich gering. Die Einstellung des Unterrichts in dem Schulgebäude der Aufberschule ist eine vorübergehende Maßnahme, um eine weitere Ausbreitung der Krankheit möglichst zu verhindern.

Stärke auf der Stadtbahn

Auf der hallischen Stadtbahn, auf der am Sonntag der „Große Herbstpreis“ ausgetragen wurde, ereigneten sich zwei Stürze, von denen einer schwerer Natur war. Der zum ersten Male als Fahrer auftretende Fahrer der ersten Bahn kam etwa 200 Meter nach dem Start zu Fall, und der ihm folgende Schindler aus Chemnitz stürzte über ihn hinweg und so sich einen komplizierten Schädelverletzung zu, wählend Horn mit geringfügigen Hautabrischen davonkam.

Vorverlegung der Herbstferien?

Die Möglichkeit der Herbstferien hat bei der Schulaufsichtsbekörde um die Eröffnung nachgefragt, die diesjährigen Herbstferien bereits jetzt beginnen zu lassen. Eine Entscheidung über den Antrag, die in den Händen des Oberpräsidenten liegt, ist bisher noch nicht gefallen. Der Antrag ist aus Gründen der Einparung von Schulmaterial gestellt worden.

Vorsicht beim Feiern!

In einer Wohnung in der Taubentstraße war der Raucher überreicht worden, wodurch ein Räucherbrand entstand. Hausbesitzer alarmierten, da der Wohnungsinhaber abwesend war, die Feuerwehr, die den Brand in 15 Minuten löschte. Es verbrannte ein Korb mit Wäsche.

SWD, Ortsverein Halle.

10. Kreisfest. Am Donnerstag, dem 1. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Hotel „Gardes“ in Halle. Neuwahl des Vorstandes. Der Vorsitzende sprach über: „Die politische Lage“.

In Ammendorf siegt die Vernunft

Die kommunistischen Konsumzerstörer erlitten eine vernichtende Niederlage Konsum-Generalversammlung ein Wendepunkt

Im überfüllten Saale des „Goldenen Adlers“ fand am gestrigen Sonntag die mit großer Spannung erwartete Generalversammlung des Konsumvereins Ammendorf statt. Diese notwendige Stoffprobe steht wohl in den Jahrzehnten seines Bestehens einzig da. Wäander Sturm wurde schon erlebt, aber was sich hier abspielte, ist in seiner Heftigkeit kaum zu über-treffen. Alle hatten fieberhaft agitiert, so daß sogar Herr Wollmann anerkannte, daß „die Regie bei den Genossenschafts-treuen diesmal gelassener“ habe. Sein Wäander, wenn ein so großer Zeit ehemaliger R.P.D.-Reute die alle Register und Kniffe kommunistischer Agitation kennengelernt haben, diese heute in den Dienst der Genossenschaft stellen. Wenn die Versammlungsleitung nicht in starken Händen gelegen hätte, wären die Auswirkungen der wachsenden Bege gegen Hirsemann, Rohde, Gropp usw. gar nicht auszubedenken gewesen. Am Eingang wurden Flugblätter verteilt mit der Aufforderung: „Schloß Hirsemann und seine Clique auf’s Haupt!“

Schon nach kurzer Zeit wurde diese Aufforderung bei Hirsemann in die Tat umgesetzt durch Fänge. Dieser junge Mann kann aber nicht zur Verantwortung gezogen werden, da nach seinen persönlichen Versicherungen zu urteilen, er jurelllos den S.B. in Anspruch nehmen würde. Der „R.P.D.“-funktionär, das vertrauliche Mittelungsblatt des R.P.D. Halle, fordert in seiner September-Nummer zur „Bildung von Stoßbrigaden“ — angeblich „zur Erhaltung der Massenorganisation“ — auf. Das machte sich geltend auch in Ammendorf bemerkbar. Es war oft ein Gegenstand der Verhandlungen, wobei Hirsemann, als er der letzte Verzweiflungsaus-schriech der R.P.D.-Anhänger, die sich nicht damit abschieden können, daß ihre Herrschaft in Ammendorf Konsumverein, die sie fast ein Jahrzehnt unumstößlich ausübten, endgültig vorüber ist. Witter vor allem für diejenigen, die sich als Be-zugnahme für ihre „Einigkeit“ (sich als Lager-falter) sehen.

Geschäftsführer Genosse Hirsemann gab den Geschäftsbericht und hob hervor, daß nicht allein die wirtschaftlichen Ver-hältnisse, sondern auch die Duerzeitbe-ziehungen der R.P.D. den Geschäftsgang laus beeinflussen könnten. Sehr geschick-lich überging er dann die von der R.P.D. vertretenen Ansichten, besonders über den Waren-tausch, der es genau wie in anderen Jahren in Bonn gibt.

Der Bericht des Aufsichtsratsvor-sitzenden Gropp, den seine ehemaligen Mit-glieder besonders ins Herz geschlossen haben, wurde durch den Verbandssekretär Mitowski er-gänzt.

ganz, der alles gewissenhaft geprüft und in Ord-nung befunden hat. Für die Schreier der „Oppo-sition“ war dieser im Dienste der Genossenschaft ergrante Beamt natürlich genau wie alle Anders-denker ein „Schieber“, „Strolch“ usw. Würde in einem solchen Falle, wo ein junger Genosse eine alte Genossenschaftlerin als „alte Beze“ bezeichnet, nicht eine gehörige Abreibung dienlicher sein als alle Mahnungen? Es würde zu weit führen, alle die Zwischenfälle und Exzesse zu berichten, die gestern die Gemüter so erregten. Die Diskussion wurde ebenfalls auf vor Hand, als die Stim-m-ergebnisse bekannt wurden. Jurest wurde der Ausschluß der Genossenschaftsmitglieder Gäh und Reide

„Der Konkurs des R.P.D. in bedrohliche Nähe gerückt“

Die R.P.D. selbst teilt das bereits offiziell mit

Es ist ja Ende mit dem R.P.D. Wir brauchen uns weder auf die Ausführungen oppositioneller Kommunisten zu berufen, noch „sozialistische Blasen“ zu erörtern. Wir brauchen nur das Ergeb-nis der Verhandlungen der R.P.D. zu zitieren. Dort heißt es: „...nahmen in den letzten Monaten die Schwereigenschaften des holländischen Arbeiterkongress (P) erneut bedrohliche Formen an. Zahlreiche Mitglieder, wie die Christenklasse Halle und die Wehag bestreuen mit Spangenteilung rüchthiliger Forderungen. Ungewohnte Nachforderungen an Steuern wurden von der Kommunalbürokratie an den R.P.D. gerichtet. In den letzten Tagen war es dem R.P.D. missig, der erneut hinzugekommenen Schwierigkeiten nicht möglich (2000 M. an die Wehag) zu zahlen. Weiterhin wird durch die unersetzten Re-tionen der Wehag

„Der Konkurs des R.P.D. in bedrohliche Nähe gerückt“

Wird der R.P.D. nicht insolvent ist, 2000 M. zu zahlen, das wegen ist — der Konkurs in be-drohliche Nähe gerückt? Es sind aber nicht bloß diese niedergelegten 2000 M. Es sind auch noch andere Dinge, die den R.P.D. als unweigerlich dem Konkursort verfallen zeichnen.

Was gehört denn eigentlich noch dem R.P.D.? Nichts! Schandtag nichts! Alles ist weg-gelassen. „R.P.D.“ ist nur noch ein Begriff und ein Haufen „Interessenten“, der auseinander-fällt, wenn der erste Wind weht. Und der Wind wird wehen, sehr bald sogar.

Die erste Rate des R.P.D. Vermögens ist dieser Lage fällig. Der R.P.D. hat seinen Vermögenswert zur Verfügung. Wie können solche Vermögenswerte, wenn der kommunistische „Kollap-sille“ seinen Atem raubt, sie sollen ja den 1. Ok-tober nicht verpassen. Sie sollten pünktlich zwischen 9 und 12 Uhr im Büro des R.P.D. erscheinen und dort die erste Rate ihrer Vermögensforderungen einbringen. Es befindet sich die Genossenschaftsmitglieder alles vorher wegnaggen. Die R.P.D.-Führer haben treulich dafür gesorgt, daß

mit 378 gegen 210 Stimmen gutgeheißen. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurden von der R.P.D. der Genosse Bernhardt und als Parteiloser Wähme gegen die R.P.D.-Kandidaten Grotzund und Pfeiler mit 360 gegen 207 Stimmen gewählt.

Mit diesem Abstimmungsergebnis ist die Situation in der Ammendorfer Genossenschaft gefestigt. Grotzund und Pfeiler haben ausgedient, die Vernunft hat gesiegt. Jetzt heißt es für unsere Genossen, doppelte Arbeit in der Ausführung zu leisten, damit den radikalen Schreieren ihre Pläne, den Konsumverein wie den R.P.D. Halle zu zerstören, gungtete wird.

„Der Konkurs des R.P.D. in bedrohliche Nähe gerückt“

Die R.P.D. selbst teilt das bereits offiziell mit. Es ist ja Ende mit dem R.P.D. Wir brauchen uns weder auf die Ausführungen oppositioneller Kommunisten zu berufen, noch „sozialistische Blasen“ zu erörtern. Wir brauchen nur das Ergebnis der Verhandlungen der R.P.D. zu zitieren. Dort heißt es: „...nahmen in den letzten Monaten die Schwereigenschaften des holländischen Arbeiterkongress (P) erneut bedrohliche Formen an. Zahlreiche Mitglieder, wie die Christenklasse Halle und die Wehag bestreuen mit Spangenteilung rüchthiliger Forderungen. Ungewohnte Nachforderungen an Steuern wurden von der Kommunalbürokratie an den R.P.D. gerichtet. In den letzten Tagen war es dem R.P.D. missig, der erneut hinzugekommenen Schwierigkeiten nicht möglich (2000 M. an die Wehag) zu zahlen. Weiterhin wird durch die unersetzten Retionen der Wehag

Was gehört denn eigentlich noch dem R.P.D.? Nichts! Schandtag nichts! Alles ist weg-gelassen. „R.P.D.“ ist nur noch ein Begriff und ein Haufen „Interessenten“, der auseinander-fällt, wenn der erste Wind weht. Und der Wind wird wehen, sehr bald sogar.

Die erste Rate des R.P.D. Vermögens ist dieser Lage fällig. Der R.P.D. hat seinen Vermögenswert zur Verfügung. Wie können solche Vermögenswerte, wenn der kommunistische „Kollap-sille“ seinen Atem raubt, sie sollen ja den 1. Ok-tober nicht verpassen. Sie sollten pünktlich zwischen 9 und 12 Uhr im Büro des R.P.D. erscheinen und dort die erste Rate ihrer Vermögensforderungen einbringen. Es befindet sich die Genossenschaftsmitglieder alles vorher wegnaggen. Die R.P.D.-Führer haben treulich dafür gesorgt, daß

Was gehört denn eigentlich noch dem R.P.D.? Nichts! Schandtag nichts! Alles ist weg-gelassen. „R.P.D.“ ist nur noch ein Begriff und ein Haufen „Interessenten“, der auseinander-fällt, wenn der erste Wind weht. Und der Wind wird wehen, sehr bald sogar.

Die erste Rate des R.P.D. Vermögens ist dieser Lage fällig. Der R.P.D. hat seinen Vermögenswert zur Verfügung. Wie können solche Vermögenswerte, wenn der kommunistische „Kollap-sille“ seinen Atem raubt, sie sollen ja den 1. Ok-tober nicht verpassen. Sie sollten pünktlich zwischen 9 und 12 Uhr im Büro des R.P.D. erscheinen und dort die erste Rate ihrer Vermögensforderungen einbringen. Es befindet sich die Genossenschaftsmitglieder alles vorher wegnaggen. Die R.P.D.-Führer haben treulich dafür gesorgt, daß

Warum „Deutsche Woche“

Nützliche Worte, die man selten zu hören bekommt

Die „Deutsche Woche“ wurde gestern mit einem feierlichen Akt in der Universitätsaula er-öffnet. Die Begrüßungsansprache hielt Prof. Dr. Eisfeld; die eigentliche Eröffnung nahm Frau Elisabeth Koch vor. Die „Deutsche Woche“ hat von unserer Seite die viel Kritik gefunden. Wir wurden den Gesdamm von Reklamemummel und „Neu deutsch alteswegs“ nicht los. Die Gedanken, die Dr. Hage — ein Unternehmens-funktionär! — geltend bei der Eröffnungsvor-lesung in seinem Vortrag entwickelte, zeigen, daß die Probleme, mit denen die Veranstaltung verknüpft ist, weit, sehr weit über einen deutschenationalen Stridstrom und ebenso weit über die Reklame-bedarfnisse des Handels hinausgehen. Kurzge-fasste aus seinem Vortrag mögen das beweisen. Wir wissen alle, so führte Dr. Hage aus, wie kritisch es um den Güterausdauß der Nationen, wie kritisch es um die privatkapitalistische Wirtschaft, ja, um die bürgerliche Kultur noch ihrem ganzen Umfang und in allen ihren Ausprägungen in gesellschaft-licher, politischer, allgemein geistiger Beziehung bestellt ist. (1) Die vielgepriesene Auto-matilität der auf der Goldmährung aufgebauten kapitalistischen Wirtschaft ist gefährdet. Die Wehag ist entzweit. Man verzieht sie zwar not-

dürftig zu fiden, findet aber vor lauter Staub und Konteraktion, Bietet, vor überalterten und abgenutzten Zeilen nicht zu den

Challen des Lebens. Hinter den Schleiern der Konferenzen und Mi-tgliederbesprechungen dem Reich, haben und die Welt in einzelne geschlossene Wirt-schaftsräume. Hand in Hand mit der Schrammung des Welthandels geht die Lösung finanzieller Bindungen. Das Gewerbe, das den Automaten der Weltwirtschaft in Spannung hielt, zieht nicht mehr. Dr. Hage unter-suchte sehr eingehend die Lage der wichtigsten Länder. Freiheit und Individualismus, welt-wirtschaftliche Erschließung und Exzitation, hoher Lebensstandard und alter Lebensstil — die Welt nimmt heute Abschied von diesen Dingen. Ueber Deutschland führte Dr. Hage aus: Die Mittel-schichten seien zerrieben worden, es bliebe eine von fremdem Kapital und frem-den Produktionsmitteln abhängige unelbständige Schicht von Arbeitnehmern, deren Lebensstandard sich von Tag zu Tag verschlechtert.

Die berufenen Vertreter des Volkes, die Hausierer des Kapitalismus, tragen vielfach dazu bei, die Gegensätze zwischen Volk und Reichthum zu vergrößern. Die bürgerliche Welt der Arbeitlosen, ihre zeitliche Not verlangt ge-

bieterisch einen Ausgleich der Spannung. Es gilt entweder ein System zu liquidieren.

das sich in den letzten Jahren unsäglich er-widert hat, die politischen Schrägungen zu weiffieren, die sein funktionierten unterbrochen, oder aber Mittel und Wege zu finden, diese System so kräftig auszugleichen, daß es von neuem stabilisiert werden kann.

Nach längeren Ausführungen über das Wesen von Einfluß, Kapital, über unsere Verfassung an das Ausland und die unbedingte Notwendig-keit, Ueberdies durch Einfuhrerparnisse zu er-zielen, ging Dr. Hage auf die Möglichkeiten dazu ein: Solange wir uns nicht dazu entschließen wollen und können, ein Außenhandels-monopol des Staates zu errichten, über histo-riische Kolonialmacht zu geben und alle Welt-richtigungen der persönlichen Freiheit, die sich daraus ergeben, müßig in Kauf zu nehmen, müßten wir uns dazu aufzuffen.

aus eigenem Entschluß auf Dinge zu verzichten, die wir uns verdienen müssen, wenn wir uns der Verantwortung unserer Volksgenossen gegenüber bewußt sind. Es muß unsere Aufgabe sein, einen Ausweg aus der Krise zu finden, das Aaren-ta zu rufen von Abhängigkeit und Einkommen-erforderung zum Stillstand zu bringen. Das ist der Wille, an dem wir uns alle Gedanken machen werden.

Dem vieldauernden Vortragsbesuch des 19. Ok-toberhundert hat unsere Zeit den tiefsten, frucht-baren und gauderndsten Gedanken der Gemein-schaft entgegengebracht. (1) Riemann, 1900-01, (2) daß heute dem Realisten vor der Ver-einigung ein neuer Lebenszeit gesummt. (1)



# Bergarbeitertragödie

## Die Opfer einer fahrlässigen Rationalisierung

Es gibt kaum einen Beruf, in dem sich der Klug kapitalistischer Wirtschaftsführung und kapitalistischer Wirtschaftsmoralität so sehr auswirken wie im Bergbau. Millionen von Können Können liegen an den Wänden. Man weiß nicht, warum damit. Andererseits feiern Zehntausende von Bergleuten, ohne die Befähigung zu kennen, jemals wieder in ihren Beruf unterzukommen. Es sieht die andere Seite der Produktionssteigerung aus.

Aber schon die das Drosseln der Produktion im Kohlenbergbau einsetzte, haben die Bergarbeiter ungenügend harte Opfer bringen müssen. Vom 1. Juni 1930 bis zum 30. Juni 1931 wurden allein über die Bergarbeiter des Ruhrgebietes 14,34 Millionen Preierhaken verhängt, um die Förderung einzuschränken. Dadurch entstand ein Lohnausfall von weit über 120 Millionen Reichsmark. Neben den Preierhaken wurden dann Zehntausende von Arbeitern entlassen. Man ließ sich nachteiliger stellen, als die bergmännische Besatzung — das sind die ausschließlich der Rebenbetriebe beschäftigten Arbeiter — hat betrogen: Im Januar 1930 im Ruhrgebiet 361 859, in Oberhessen 60 402, in Niederhessen 27 096, in Sachsen 22 691, zusammen 429 048. Im Juni 1931 im Ruhrgebiet 236 752, in Oberhessen 42 808, in Niederhessen 19 469, in Sachsen 16 563, zusammen 315 682.

In 1 1/2 Jahren wurde die bergmännische Besatzung in den genannten Preierhakenbereichen durch Entlassungen um 136 456 Mann — 33,14 Prozent vermindert. Unermehliche Not steht hinter diesen Zahlen.

Arbeitslosigkeit und Preierhaken mußten aber nicht nur der Krise, sondern auch der Rationalisierung und Mechanisierung zum Opfer geworden werden. In der Bergbauindustrie ist Mann und Schicht findet diese Lasten ihren bereiten Ausweg. Rationalisierung ist Mann und Schicht im Programm: 1928 im Ruhrgebiet 946, in Oberhessen 1108, in Niederhessen 658, in Sachsen 700. 1929 im Ruhrgebiet 1276, in Oberhessen 717, in Niederhessen 849, in Sachsen 951. 1930 im Ruhrgebiet 1362, in Oberhessen 1434, in

Niederhessen 866, in Sachsen 983. Juni 1931 im Ruhrgebiet 1478, in Oberhessen 1573, in Niederhessen 877, in Sachsen 996.

Der Preierhaken des letzten vollen Berichtsjahres 1931 war eben noch viel geringer von 1925. Seitdem steigt die Preierhaken unauflöslich an. Im Ruhrgebiet liegt die Preierhaken effizient je Mann und Schicht von 1925 bis Juni 1931 um 530 Prozent — 56,4 Prozent. Währenddessen: Nicht ganz zwei Bergarbeiter waren im Juni 1931 erforderlich, um dieselbe Fördermenge zutage zu bringen, die 1925 von drei Bergarbeitern erzielt wurde.

In den anderen Kreislagen ist der Preierhaken ebenfalls sehr beachtlich, wenn auch nicht ganz so groß wie im Ruhrgebiet. Die Preierhaken betrug von 1925 bis Juni 1931: Oberhessen 420 Mio = 36,4 Prozent, Niederhessen 238 Mio = 34,6 Prozent und Sachsen 289 Mio = 40,7 Prozent. Die Erhöhung des Preierhaken wurde erzielt durch gesteigerte Arbeitsintensität, Rationalisierung und Mechanisierung der Bergbauindustrie und Förderung. Die Rationalisierung zerfällt in zwei Arten, in die positive und negative. Die letzte besteht im Stilllegen von Bergwerken und Abbaubetrieben von weniger mächtigen bzw. ergebnislosen Kohlenfeldern. Die Rationalisierung im engen genommenen wird durch die Rationalisierung nicht wieder zu erlegenden Verluste.

Neben der massiven Kohlenbergbauindustrie berichten das preussische Handelsministerium und das Oberbergamt in Freiberg. Danach wurde 1928 von der Gesamtbevölkerung Deutschlands 68,1 Prozent an mechanischem Werk gewonnen, im Jahre 1930 bereits 82,5 Prozent. Im Ruhrgebiet war die mechanische Kohlenförderung bereits auf 98,8 Prozent im Jahre 1930 angesetzt. Ob durch diese Art der Bergbauindustrie die Bergbauindustrie gefördert werden konnten, ist nicht zu entscheiden. Es ist aber haben viele Tausende von Bergarbeitern der gewonnenen Entwicklung ihre Existenz zum Opfer bringen müssen.

Heinrich Bölliger

# Wie Bergleute geschunden werden

## Aber 100 000 Ruhrbergleute arbeitslos - Trotzdem Mehrarbeit verlangt

Die Arbeitslosigkeit, mit der der Tarifvertrag im Ruhrgebiet zu schaffen war, beweist, daß es sich hier um Fragen handelt, die über den Schicksal der Tarifparteien hinaus im öffentlichen und allgemeinen Interesse gelöst werden müssen.

Das dem neuesten Arbeitsmarktbericht nach im Ruhrgebiet im Ruhrgebiet allein 98 000 arbeitslose Bergarbeiter vorliegen. Inzwischen sind neue Entlassungen erfolgt, so daß die Zahl von Hunderttausenden bereits überschritten sein dürfte. Dabei ist ein Ende dieser Massenentlassungen nicht abzusehen. Die Ursachen dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit sind zum großen Teile zweifellos in dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zu sehen. Es spielen aber auch andere Gründe eine entscheidende Rolle. Wenn z. B. heute in einem Kohlenbergwerk im Ruhrgebiet die gleiche Leistung vollbracht wird wie fünf Jahren drei Bergarbeiter, dann ist diese betriebswirtschaftliche Entwicklung an dem Arbeitslosenproblem mit schuldig. Daraus ergibt sich, daß selbst ein glänzend wirtschaftlich erfolgreiches Bergbauunternehmen genötigt ist, die bergmännische Arbeitslosenarmee zu demobilisieren.

Es war darum für die Bergarbeiterverbände eine selbstverständliche Pflicht, das Arbeitslosenproblem zu klären und eine Befähigung der Mehrarbeit zu fordern. Wenn infolge der Mehrarbeit auf nicht eine fortwährende wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt eintreten würde, so könnte auf diese Weise noch manche Entlassung und Entbehrung erzielt werden. Die Bergarbeiter haben sich in dem bisher stattgefundenen Verhandlungen die Befähigung der Mehrarbeit grundlegend abgelehnt. Sie wollen das Arbeitslosenproblem mit anderen Mitteln lösen.

Ein Lohnabbau von nur 12 Prozent und eine Erweiterung der Arbeitslosenarmee soll die Beschäftigten weiter kosten.

Mit Hilfe einer auf diese Art erstellten Produktionsvermindernng glauben sie einen Abbau der Arbeitslosenarmee zu finden. Dieser wirtschaftspolitischen Ziele haben aber nicht nur die schwersten grundsätzlichen sondern auch schwerwiegende sachliche Bedenken gegenüber. So ist beispielsweise das Entkommen der Bergarbeiter infolge der zahlreichen Preierhaken und sonstigen

Befähigungen derzeit niedrig, daß eine weitere Schmälerung als eine unerträglich soziale Härte erscheint. Amelien ist zu beachten, daß der Vorkostenanteil infolge der andauernden Steigerung der Leistungsergebnisse seit Anfang vorigen Jahres um etwa ein Fünftel zurückgegangen ist. Daraus ergibt sich die Frage, ob die gesteigerte Leistungsergebnisse über das Lohnniveau hinaus zu verfolgen sind. Diese Frage ist um so wichtiger, nachdem das Gehaltsniveau im Rahmen der Tarifverträge im April dieses Jahres erstmalig über das Jahr 1931. Aber von der Lohn- und Arbeitslosenfrage abgesehen, bleiben als weiterer Grund vor allem die Kapitalfragen, die auf Grund der beträchtlichen Verschlebung von Kapitalien bzw. des nur teilweise ausgenutzten Produktionsapparates keine geringe Bedeutung spielen. Und schließlich werden, soweit die Selbstlosigkeit als Argument eine Rolle spielt, erneut die Berechnungen des Reichswirtschaftsministeriums ins Feld geführt, die einen Verlust von 2 Mrd. Reichsmark im Jahre 1931 erwarten. Wenn diese Berechnung ein wirkliches Weisheitsmittel für einen Lohnabbau bilden soll, dann ist es absolut unüberhälllich, daß man den Gewerkschaftsvertretern diese Äußerungen ungenügend als Nachprüfung ungenügend gemacht.

Dann ist es aber auch den Bergarbeitern unerschwinglich, wenn die untröstlichen Grubenverhältnisse immer noch Geld für Werkleistungen und noch Geld für Werkleistungen aufbringen.

Die springende Frage ist die, ob durch einen weiteren Lohnabbau überhaupt die Arbeitslosenfrage gemildert werden kann. Diese Frage ist zu verneinen. Der zurückgehende Kohlenverbrauch ist eine Folge der Wirtschaftskrise. Einem Rückgang auf ausländischen Märkten stehen aber heute bereits beträchtliche Einfuhrschwierigkeiten entgegen. Die allein aus diesem Grunde ist das Problem der Unternehmer nicht geeignet, die Krisennot zu bekämpfen. Außerdem kommt hinzu, daß die übrigen Kohlenabnehmer auf einen Weltmarkt, der auf Kosten verfallender Arbeitsbedürfnisse zu setzen, nicht mehr so leicht gleichen unzulässigen Maßnahmen reagieren. Daß auf diese Weise die missliche Lage nicht gebessert, sondern nur noch verschärft wird, ist selbstverständlich.

# Aufhebung der Go'demilbung in Schweden und Norwegen

Die schwedische Regierung hat für die Zeit vom 28. September bis 30. November die Suspendierung des Goldbanverbots verfügt und die Goldausfuhr verboten.

Die nach der norwegischen Regierung hat die vorerwähnte Aufhebung des Goldbanverbots verfügt und die Ausfuhr von Gold verboten. Die Dänemerk werden am heute die gleiche Maßnahme.

# Die Partei keine Zwangs-gemeinschaft

## Dito Wels über den Parteifunktionär

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsabgeordnete Dito Wels sprach in Nordhausen am Sonntag anlässlich des 25jährigen Jubiläum der Nordhäuser Festsetzung über die weltpolitische und innenpolitische Lage. Wels befaßte sich bei dieser Gelegenheit auch mit den jüngsten Vorgängen in der Sozialdemokratischen Partei. Er führte dazu aus:

Jahresab der Reichsregierung haben zur Zeit Verhandlungen über eine einheitliche Gestaltung der Löhne. Das Ziel ist, bei gleicher Lohnsumme eine größere Zahl von Arbeitstätigen zu beschäftigen. Das bedeutet einen neuen, sehr erheblichen Lohnabbau. Der Plan geht auf Anregungen des neuen Präsidenten des Reichsbundes der Deutschen Industriellen, des Herrn v. Brügg, zurück.

Die Berücksichtigung derartiger Pläne wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Regierung Brügg. Die deutsche Arbeiterklasse hat bisher schon so große Opfer getragen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei unter keinen Umständen bereit sind, sich mit einem weiteren Lohnabbau und der Beseitigung der seit Jahrzehnten bestehenden Tarifverträge abzufinden. In den gewerkschaftlichen Kreislagen wird eine ähnliche Auffassung vertreten, so daß gegen die Pläne eine Einheitsfront aller Arbeiter geschaffen ist, gegen die auch das Zentrum nicht anstumpfen vermag.

Die neue Notverordnung der Regierung ist nicht vor Ende der Woche zu erwarten. Von den 82 Punkten der Tagesordnung, mit deren Beratung die Regierung am Donnerstag begonnen hat, waren bis Sonntagabend erst 1 erledigt. Ein

# Die Organisation von 14 Milliarden

# 50 Jahre Sparkassenverband

## Aber 18 Millionen Sparer und 11 Milliarden Sparsparlagen

Vor fünfzig Jahren, am 26. September 1881, wurde in Gogen i. W. der erste Sparkassenverband in Deutschland gegründet, der „Verband der Sparkassen in Rheinland und Westfalen“. Bereits 1884 wandelte er sich in einen gesamtdeutschen Verband, den „Deutschen Sparkassenverband“.

Die Giroverbandsbewegung, die 1907/08 einsetzte, brachte neue Bewegung in die Sparkassen. In den einzelnen Ländern und Provinzen entstanden Giroverbände und -zentralen, zuerst in Sachsen. Der Krieg förderte den bargeldlosen Zahlungsverkehr; im Jahre 1916 schlossen sich die Verbände zum Deutschen Zentral-Giroverband zusammen. Im Jahre 1921 wurde schließlich als dritter Verband in der gleichen Spätere der öffentlichen Verwaltung der „Deutsche Verband der kommunalen Banken“ gegründet. Im Jahre 1924 schlossen sich die drei Giroverbände zu einem Einheitsverband zusammen unter dem Namen: „Deutscher Sparkassen- und Giroverband“. Damit war die deutsche Sparkasseneinheit in jeder Hinsicht hergestellt.

Die Bedeutung des Sparkassen und ihrer Organisation zuzunehmen, beweist die Tatsache, daß es in Deutschland heute rund 3000 öffentliche Sparkassen mit insgesamt über 18 Millionen Sparer und 2 1/2 Millionen Depositionen gibt, die sämtlich durch die regionalen Verbände in dem Spitzenverband zusammengeschlossen sind.

Die Gesamtbank der deutschen Sparkassen wies

wirksames Winterprogramm, das mit neuen Ideen an die Befähigung der fürdrubenden Wirtschaftskrise herangeht, wird aber auch in der neuen Notverordnung nicht enthalten sein.

Die angelegentlich Reichsarbeitslosenfürsorge ist an den Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium gescheitert. Den Gemeinden sollen die Löhne aus der Unterbringung der Arbeitslosenvermögen weitgehend teilweise abgenommen werden. Inzwischen werden dafür rund 230 Millionen zur Verfügung gestellt, die entsprechend dem Maß der Löhne durch die Wohlfahrtsverbände an die einzelnen Gemeinden verteilt werden. Für Berlin z. B. rechnet man mit einem Betrag von etwa 20 Millionen Mark für das Winterhalbjahr. Dagegen soll der Fehlbetrag in der Arbeitslosenversicherung zum Teil durch eine Vermehrung der Löhne auf die Arbeitslosen, zum Teil durch weitere Einparnungen gedeckt werden.

Um die

Bedenken gegen diese Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, haben in der vergangenen Woche die Redaktionen der Sozialdemokratischen und Arbeiterzeitung, dem Finanzminister und dem Reichsminister tagungsfähig. Sie werden am Dienstag fortgesetzt.

# ausführlich einheitliches Kapital

darstellt. Nicht minder einheitlich als die Restriktion ist die Mittelform der Bilanz bei Bewertung der Sparkassen und ihrer „Organisation von 14 Milliarden“. Die Sparkassen haben über 5 Milliarden Mark Hypotheken laufen; sie haben ferner rund 1,8 Milliarden Mark in Wertpapieren des Reiches, der Länder und Gemeinden in Briefen und an angelegt.

Einer der bedeutendsten Aktivenposten der Sparkassen, der besonders deutlich ihre enge Verbundenheit mit der Gesamtbevölkerung erkennen läßt, sind die vorzüglichen Personalkredit. Sie betragen rund 2,1 Milliarden Mark. Der Durchschnittsbetrag dieser Kredite beträgt etwa 1700 Mark. Das Personalkreditgeschäft ist also ein ausgeprägtes Kleingeld. Durch das Betreiben dieses nützlichen, sozialpolitischen und relativ wenig Ertrag bringenden Geschäftes tragen die Sparkassen für Geld- und Kapitalaufschlag zur Kredit- und Wirtschaft. Die Gesamtzahl ausgerepelter Kleinrentennehmer einschließlich der Hypothekendarlehen beträgt bei den deutschen Sparkassen über 2 Millionen.

Verantwortung des Kapitalbesitzes. Der Reichsführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der ursprünglich in Leipzig stationiert war, soll nunmehr am 18. Oktober in Braunschweig abgehenden werden. Adolf Hitler soll daran teilnehmen. An diesem Tage ist dort ein großer Aufmarsch der Nationalsozialisten vorgesehen.



Leipzig  
 Dienstag: 6.30: Rundfunkkonzert. 7.15: Nachrichten. 8.30: Rundfunkkonzert. 9.30: Nachrichten. 10.30: Was die Zeitung bringt. 10.30: Schulfunk. 11.30: Nachrichten. 12.05: Was es für euch bedeutet (Schulfunk). 12.30: Nachrichten. 13.00: Nachrichten. 13.15: Rundfunkkonzert. 14.30: Rundfunkkonzert. 15.30: Nachrichten. 16.30: Nachrichten. 17.30: Nachrichten. 18.30: Nachrichten. 19.30: Nachrichten. 20.30: Nachrichten. 21.30: Nachrichten. 22.30: Nachrichten. 23.30: Nachrichten.

# Königswusterhausen

Dienstag: 7.30: Rundfunkkonzert. 10.30 bis 10.55: Nachrichten. 11.30: Nachrichten. 12.30: Nachrichten. 13.30: Nachrichten. 14.30: Nachrichten. 15.30: Nachrichten. 16.30: Nachrichten. 17.30: Nachrichten. 18.30: Nachrichten. 19.30: Nachrichten. 20.30: Nachrichten. 21.30: Nachrichten. 22.30: Nachrichten. 23.30: Nachrichten.



Veröffentlichung des "Amer Sebu" ...

Soll die Burgstraße zur Einbahnstraße erklärt werden?

Diese Frage hat das staatliche Polizeiamt ...

Die Kraftwagenverkehr geschaffenen Gefahren ...

Vom Rummelplatz des Sonntags

Während zum Herbst erlohen auf dem Rummelplatz ...

seine Todesangelegenheit mit folgenden Einzelheiten ...

Die Jugend in Staat und Weltanschauung

Der Vortrag fand als erste Veranstaltung der ...

Sänglings- und Mütterberaternstunden

Sänglings- und Mütterberaternstunden finden im Oktober statt ...

Wie liegen an?

Unter diesem Titel wird die Ortsgruppe ...

Sanftmütige Nachrichten

Geliebte Frau! ...

Zeugnis des Mittelalters

Als letzten Willen hat der Kaufmann ...

Flugtag in Leuna

Dürftiges Programm

Bei günstiger Witterung fand am Sonntag der Flugtag im Waldbad Leuna statt ...

Außerdem fand in der Pause ein Preisfliegen der Luftballons statt ...

Kreis Cuesfurt

Arbeiterport- und Kulturkartell Geiseltal

Während nach dem schon einige Vorbesprechungen ...

Die Besatzung der Brigade ...

Der Zweck soll sein einheitliche Veranstaltung ...

Die Paläontologen im Geiseltal

Im Rahmen der Tagung der Paläontologischen Gesellschaft ...

Ein dreizehnter Hund ist Mäher in Deutschland

Die Bergung der Hunde hat die Ausbeutung der Hundstätten ...

Besonders interessant gestaltete sich der Ausflug der Zoologiestudierenden ...

Doppelter Reinfall der SPD

Aber am Abend blieb Gustav und seinen Genossen die Spule weg ...

berühmte, sie warteten und warteten, aber es sollte nicht anders kommen ...

nicht ein einziger der Belegschaftsmitglieder erschien ...

so daß die Versammlung wegen Mangels an Masse nicht feieren konnte ...

München. Von der Nebenstelle München wurden am 23. September insgesamt 323 Gewerkschaften ...

Radlerpöckel

Wettin. Ein unerschrockenes nasses Enten fand eine Radlerpartei ...

Während die Selbstmordbestrafung am Sonntagabend gegen 15.45 Uhr verurteilt wurde ...

Saalkreis

Niederlage der SPD in Gröbbers. Die Grube Clara-Berein in Gröbbers war immer eine Hochburg der SPD ...

Mansfelder Kreise

Entfaltung der Arbeitslosigkeit. Bericht über die Arbeitslosigkeit in der Zeit vom 1. bis 15. September 1931 ...

Am Montag wurden Hunderte von Handzetteln an die Belegschaft verteilt ...

Das langsame Ansteigen der Arbeitslosigkeit hat sich auch in der ersten Septemberhälfte fortgesetzt ...

Die Belegschaft fand infolge des Besuchs der SPD-Bezirksleitung ...

Table with 2 columns: Kreis, Arbeitslosigkeit (Sept 1-15), Arbeitslosigkeit (Sept 16-30)

Die eingeklemmten Zahlen zeigen den Stand der bergamonten Monatshälfte ...





